

Einleitung

Als Reaktion auf die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs verabschiedeten die Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte – mit der Absicht, die Würde des Menschen vor staatlicher Willkür zu schützen. In Abkommen und Verträgen haben sich Staaten zu deren Umsetzung und Einhaltung rechtlich verpflichtet. Seither gab es viele Errungenschaften und wegweisende Erfolge, aber auch Rückschläge. Ein Blick in das aktuelle Weltgeschehen gibt wenig Anlass zu Optimismus: Repressionen, institutionalisierte Ungerechtigkeiten, staatliche Gewalt, Kriegsverbrechen oder neokoloniale Machtgefüge wie Landraub führen – Hand in Hand mit Rassismen, kapitalistischer Ausbeutung und patriarchalen Strukturen – an den unterschiedlichsten Orten auf der Welt zu schweren Vergehen, Vertriebenen, Verletzten und unzähligen Toten. Sie führen aber auch dazu, dass Menschen sich organisieren, an der Idee eines kommunalen Miteinanders orientieren, zu Kämpfen für ein besseres Leben, für mehr Gerechtigkeit, zu internationalen Allianzen sowie zur Verteidigung des Rechts auf Schutz und eine Existenz in Sicherheit und ohne Bedrohungen. Davon erzählt dieser Schwerpunkt: Er macht Gewalt in unterschiedlichen Ländern sichtbar, will Aktivist:innen vor Ort eine Stimme und Einblicke in ihre Formen des Aufbegehrens geben.

In ihrem Text „Fünf Morde an einem Tag: Femi(ni)zide in Österreich“ macht *Marlene Erkl* darauf aufmerksam, dass Österreich gemessen an der Gesamtbevölkerung das Land mit den meisten ermordeten Frauen* in der EU ist. Sie beleuchtet Hintergründe, erläutert die Entstehungsgeschichte des Begriffs Femi(ni)zid und nimmt uns auf einen aktivistischen Streifzug mit. Ausgehend von Lateinamerika beschreibt sie, wie sich Menschen verbünden und auch in Österreich ihren Protest auf die Straße tragen, um Femi(ni)ziden entgegenzutreten. All diese Kämpfe verbindet die Forderung: KEINE EINZIGE WENIGER – WIR WOLLEN UNS LEBEND!

Sophie Lindtner und *Christian Schwaiger* legen ihren Schwerpunkt auf Mexiko. In ihrem Beitrag „Sie wollten uns unter die Erde bringen, aber sie wissen nicht, dass wir Samen sind“, veranschaulichen sie nach einem allgemeinen Überblick zur Menschenrechtslage anhand von fünf konkreten Orten die grassierende Gewalt, in die staatliche Akteur:innen allzu oft eingebunden sind. Mit der Kampfansage YA BASTA – ES REICHT! beharrt die zapatistische Bewegung seit 30 Jahren auf Land und Freiheit und baut seitdem kontinuierlich autonome Strukturen des Zusammenlebens abseits von staatlichen Strukturen auf. Gemeinsam mit anderen indigenen Aktivist:innen, die sich im Nationalen Indigenen Kongress organisieren, fordern sie ein Ende der Aggressionen und die Anerkennung des Rechts auf ein selbstbestimmtes Leben ein.

Lina Ecke bringt uns in ihrem Beitrag „Rojava: Nord- und Ostsyrien – Demokratischer Aufbau inmitten des Krieges“ die Meilensteine und Probleme näher, die mit dem Versuch einhergehen, ein basisdemokratisches, ökologisches und an Frauenbefreiung orientiertes Gesellschaftssystem umzusetzen, das die Gleichberechtigung und Mitgestaltung aller Menschen zum Ziel hat. Diese Errungenschaften, die die Menschen in der Region nach jahrzehntelanger Unterdrückung unter der Herrschaft von Syriens Machthaber Baschar al-Assad geschaffen haben, sind durch permanente Angriffe des türkischen Regimes, das mehrere Gebiete völkerrechtswidrig besetzt hält, und durch islamistische Dihadisten wie den IS bedroht. AZADÎ – das Streben nach Freiheit bleibt bei der Verteidigung dieses emanzipatorischen Projektes ein zentraler Motor.

Julia Nora Müller und *Eric Burton* erörtern in „Kuchu-Widerstand gegen populistische Allianzen: Homophobie und LGBTQI-Aktivismus in Uganda“ koloniale, nationale, geopolitische und historische Hintergründe der antiqueren Gesetzgebung, die auch als „Kill the gay bill“ bezeichnet wird und für queere Menschen lebensbedrohlich ist. Die Autor:innen schildern aber auch den beeindruckenden Mut queerer Aktivist:innen, die trotz allem unter dem Motto A LUTA CONTINUA – DER KAMPF GEHT WEITER nach Wegen suchen, um sich gegenseitig beizustehen, zusammenzuschließen und um Plattformen und Räume aufzubauen, um weiterhin zu netzwerken und zu protestieren.

Aus einer Textanfrage zur Gewalteskalation in Israel-Palästina, die uns lange begleitet hat, ist nach wiederholten Absagen aufgrund der dortigen Geschehnisse leider nichts geworden. Nach dem Massaker der Hamas in Israel im Oktober 2023 und den anhaltenden Angriffen der rechts-nationalen Nethanjahu-Regierung auf Gaza sowie den Gegenschlägen der islamistischen Terrororganisation, war es uns besonders wichtig, Stimmen von Menschen vor Ort einzuholen, die trotz des Grauens und der vielen Toten der letzten Monate, nie aufgehört haben, an einer gemeinsamen Friedensperspektive festzuhalten und für ein sicheres und gewaltfreies Leben für alle einzustehen. Das gilt nicht nur für den Nahen Osten: Der Wunsch nach Gleichwertigkeit sowie das Recht, frei, selbstbestimmt und ohne Angst zu leben und zu lieben, sind die gemeinsamen Parameter, die alle Texte im vorliegenden Schwerpunkt verbinden und Menschen dazu veranlassen, gemeinsam aktiv zu werden.

Einleitung

Der Genozid an den europäischen Roma und Sinti während der NS-Zeit zählt zu einem der größten Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts. Auch wenn genaue Zahlen nur schwer zu bestimmen sind, ermordeten die Nationalsozialisten und ihre Verbündeten schätzungsweise bis zu 500.000 Roma, Romnja und Sinti, Sintizze¹. Angesichts des Ausmaßes dieses Verbrechens ist es aus heutiger Sicht schwer nachvollziehbar, dass auch 80 Jahre nach dem Ende der NS-Herrschaft nur wenig über diesen Völkermord bekannt ist. Jahrzehntlang haben die Überlebenden und ihre Nachkommen für die Anerkennung und Entschädigung des erlittenen Unrechts kämpfen müssen.

Das Europäische Parlament erklärte 2015 den 2. August zum Europäischen Gedenktag für den Völkermord an den Roma und Sinti. In der Nacht des 2. August 1944 stürmte die SS das sogenannte „Zigeunerfamilienlager“² in Auschwitz-Birkenau und ermordete alle noch verbliebenen Roma und Sinti – Frauen, Männer und Kinder – durch Vergasung. In der Entschließung des Parlaments wird nicht nur darauf hingewiesen, „dass es wichtig ist, dass der Völkermord an den Roma durch die Nazis und andere Regime und ihre Verbündeten im Zweiten Weltkrieg anerkannt und dieses Völkermordes gedacht wird“. Das Parlament verurteilt darüber hinaus „bedingungslos und unmissverständlich jede Form von Rassismus und Diskriminierung gegenüber Roma“ und fordert die Mitgliedsstaaten auf „diesen Völkermord (...) offiziell anzuerkennen“³. Dieser Beschluss kann heute als einer der wichtigsten Meilensteine im jahrzehntelangen Kampf der Roma und Sinti-Gemeinschaft und ihrer Verbündeten in Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft betrachtet werden.

Welche positiven Folgen dieser Beschluss für die offizielle Anerkennung des Genozids an den europäischen Roma und Sinti hat, zeigt unter anderem der Umstand, dass neun Jahre später immerhin 32 OSZE-Mitgliedstaaten in einer Befragung angaben, einen offiziellen Roma-Gedenktag eingerichtet zu haben. Der überwiegende Teil, nämlich 22, nutzt den Internationalen Holocaust-Gedenktag am 27. Jänner für die Erinnerung, nur sechs Länder haben einen offiziellen Beschluss zum 2. August gefasst.⁴ Zu diesen sechs Ländern gehört auch Österreich. Am 31. Jänner 2023 hat der Nationalrat einstimmig beschlossen, einen Gedenktag am 2. August in Österreich einzuführen.⁵ Außerdem wurde in diesem Zusammenhang die Errichtung eines zentralen Denkmals zur Erinnerung an die Ermordung der Roma und Sinti in Österreich in Aussicht gestellt und später der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus mit dessen Realisierung beauftragt.

Ist also alles gut? Die europäischen und internationalen Anstrengungen zur Anerkennung und Auseinandersetzung sind nicht hoch genug einzuschätzen.

Sie können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Roma und Sinti bis heute von Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt betroffen sind. Die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) mit ihren 32 Mitgliedsstaaten nimmt sich seit etlichen Jahren sowohl der Aufarbeitung des Roma-Genozids in der NS-Zeit als auch des aktuellen Antiziganismus an. In ihrer 2020 veröffentlichten Arbeitsdefinition kommt sie zum Schluss, dass „Antiziganismus weder mit der NS-Zeit begonnen noch danach aufgehört [hat], sondern weiterhin ein zentrales Element von an Sinti und Roma begangenen Verbrechen [ist].“ Die Stereotype und Vorurteile in Bezug auf Sinti und Roma werden „bis heute weder delegitimiert noch hinreichend energisch diskreditiert, so dass sie fortbestehen und unwidersprochen angewendet werden können.“⁶

Die Unabhängige Kommission Antiziganismus des Deutschen Bundestags kommt außerdem zum Schluss, dass dies nicht nur auf zwischenmenschlicher Ebene passiert, sondern dass die späte offizielle Anerkennung des Völkermords ein Grund dafür ist, dass „der im Nationalsozialismus völkisch radikalisierte Antiziganismus gegen Sinti und Roma weiterhin Bestandteil der Alltagspraxen in Institutionen und Gesellschaft blieb“. Die Überlebenden wurden laut Expertenbericht auch nach 1945 stigmatisiert, was einen Neuanfang nach der NS-Verfolgung sehr schwierig machte. Das hat sich auch auf die nachfolgenden Generationen ausgewirkt. Das Leugnen und Bagatellisieren des Völkermords ging oft von den ehemaligen Täterinnen und Tätern aus, setzte sich in der breiten Gesellschaft fest und ist bis heute virulent.⁷

Wie hartnäckig sich die Vorurteile und Stereotype halten, zeigen auch empirische Studien der Einstellungsforschung. So wurde etwa im letzten Antisemitismus-Bericht des österreichischen Parlaments (2022) die Frage gestellt, inwiefern es die Befragten stören würde, Roma und Sinti als Nachbarn zu haben. 37 % der Befragten würde dies sehr oder ziemlich stören. Das ist mit Abstand der höchste Wert unter allen Gruppen. Danach folgen muslimische Menschen mit 24 %.⁸

Stereotype Vorstellungen von Roma und Sinti entwickeln sich bereits im Kindes- und Jugendalter. Der Europarat hat daher beim deutschen Georg Eckert Institut für internationale Schulbuchforschung eine Studie in Auftrag gegeben, die die Untersuchung von Schulbüchern und Lehrplänen in 21 europäischen Ländern zum Inhalt hat. Nur in acht Ländern werden Roma in Lehrplänen überhaupt erwähnt. In Schulbüchern ist die Darstellung von Roma und Sinti weiterhin stark von Stereotypen und Vorurteilen geprägt. Gezeigt werden vor allem Armut oder stereotype Berufe, wodurch ein sehr einseitiges Bild der Minderheit abseits von Gesellschaft und Zivilisation entsteht. In historischen Schilderungen werden Roma und Sinti vor allem als Opfer präsentiert, nur selten werden ihre Errungenschaften und ihre Beiträge zur Gesellschaft gezeigt. Individuelle Geschichten, die die Vielfalt innerhalb der Volksgruppe illustrieren würden, sind die Ausnahme. Stattdessen bleiben sie eine anonyme, kollektive Gruppe.⁹

Diese Befunde, der Beschluss für einen nationalen Gedenktag am 2. August und die Empfehlungen des Europarats haben ERINNERN:AT, das Holocaust Education Programm der Agentur für Bildung und Internationalisierung (OeAD), dazu bewegt, 2024 den Jahresschwerpunkt auf den Genozid an den europäi-

schen Roma und Sinti zu legen. Die Beiträge dieses Schwerpunkt-Kapitels sollen dazu beitragen, mehr Wissen über den Roma-Genozid zu verbreiten, damit das Thema Einzug in das österreichische Bildungssystem hält. Es ist gelungen, führende Expertinnen und Experten in Österreich für das diesjährige Gaismair Jahrbuch zu gewinnen und das Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten.

Den Beginn macht der Historiker *Gerhard Baumgartner*, er beschreibt in seinem Beitrag „Marginalisierung, Verfolgung und Ermordung der österreichischen Roma und Sinti“, wie bereits in der Habsburger-Monarchie der Grundstein für die spätere Diskriminierung und Verfolgung österreichischer Roma gelegt wurde. Pseudowissenschaftliche Untersuchungen sollten belegen, dass Roma und Sinti zu vererbtem „kriminellen und asozialen Verhalten“ neigen. Dies führte dazu, dass sie zunehmend ins Visier der Polizeiarbeit gerieten und antiziganistische Verordnungen und Gesetze eingeführt wurden, die in vielen Fällen die Grundlage für die spätere Verfolgung und Ermordung durch die Nationalsozialisten bildeten. Baumgartner beschreibt die schrittweise Entrechtung, Ausgrenzung und Ausbeutung der Roma, die ab 1938 zu ersten Deportationen österreichischer Roma und Sinti in Konzentrationslager führten. Von den etwa 11.000 österreichischen Roma und Sinti haben nur rund 1.000 die NS-Zeit überlebt.

Wie lange den Roma und Sinti die Anerkennung als Opfer der rassistischen NS-Verfolgung, und somit eine Entschädigung nach dem Opferfürsorgegesetz versagt blieb, schildert *Herbert Brettl* in seinem Beitrag „Die Erinnerungslandschaft des Roma-Genozids in Österreich“. Da Roma und Sinti aufgrund der rassistischen Verfolgungspolitik der Nationalsozialisten als „vorbestraft“ galten und „Zigeunerlager“ wie Lackenbach nicht als Konzentrationslager anerkannt wurden, dauerte es bis in die 1980er-Jahre, dass die Verfolgung und Ermordung der österreichischen Roma allmählich Teil der offiziellen Erinnerungskultur wurden. Vor allem dank der Roma-Initiativen selbst, setzte ein allmählicher Wandel ein. Detailliert beschreibt Brettl in seinem Beitrag gedenkkulturelle Initiativen in sechs Bundesländern, die Beispiele für Erinnerungszeichen an den Roma-Genozid vorweisen können. Dass in drei Bundesländern keine Gedenkzeichen vorzufinden sind, zeigt, dass es weiterhin großen Handlungsbedarf gibt.

Der Beitrag von *Mirjam Karoly* „Gegen das Vergessen – für eine gleichberechtigte Zukunft! Rom:nja in Österreich“ schildert eindrücklich, welche Auswirkungen die fehlende Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus auf die Minderheit der Roma und Sinti in Österreich hatte. Die Forderung nach Anerkennung der rassistischen NS-Verfolgung wurde ein zentrales Anliegen und wichtiges Instrument zur Selbstermächtigung. Erst 1993 wurden die österreichischen Roma und Sinti als Volksgruppen anerkannt. Vorgegangen waren die Gründung und die Vernetzung von Roma-Selbstorganisationen, zuerst im Burgenland und später in Wien, die die anhaltende Diskriminierung nicht länger hinnehmen wollten. Wie wichtig europäische Initiativen für die Sensibilisierung für die Rechte der Roma sind, beschreibt Karoly am Ende ihres Beitrags. Neben dem eingangs bereits erwähnten und vom Europäischen Parlament 2015 verabschiedeten internationalen Gedenktag für den Roma Genozid ist ein weiterer Meilenstein die 2010 ver-

abschiedete Resolution zur Schaffung nationaler Strategien zur Roma Inklusion 2020. Ob es in den kommenden Jahren gelingt, in Wien einen zentralen Gedenkort für den Genozid an den österreichischen Roma und Sinti zu errichten, wird ein Gradmesser dafür werden, wie ernst es Politik und Gesellschaft wirklich mit der Anerkennung des Völkermords ist.

Den Abschluss bildet der Beitrag von *Peter Pirker* „Jenische Deserteure der Wehrmacht“. Jenische zählen nicht zur Volksgruppe der Roma und Sinti. Als saisonal wandernde und fahrende, oft grundbesitzlose Familien von Händlern und Handwerkern erfuhren sie jedoch ähnliche Anfeindungen wie Roma und Sinti, und zwar sowohl von der Bevölkerung als auch von den Behörden. In der NS-Zeit wurden Jenische in erster Linie als sogenannte „Asoziale“ verfolgt. Viele Maßnahmen zielten wie bei den Roma auf die von den Nationalsozialisten angeordnete „vorbeugende Verbrechensbekämpfung“. Jenische galten jedoch während der gesamten NS-Zeit als „Reichsbürger“ und somit als „Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes“ und konnten daher nicht kollektiv diskriminiert oder verfolgt werden. Mehr noch, sie waren wehrpflichtig. Pirker geht in seinem Beitrag auf die besondere Situation jenischer Wehrmachtssoldaten ein. Mittels detaillierter Recherchen ist es ihm gelungen, 14 Tiroler Beispiele für jenische Deserteure aufzufindig zu machen. Er stellt ihre Geschichten vor und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Anerkennung dieser Opfergruppe. Denn ähnlich wie bei den Roma und Sinti gab es nur in Ausnahmefällen eine Entschädigung, etwa in Form einer Opferfürsorge. Im Gegenteil: Die Überlebenden bzw. die Angehörigen der Opfer erlitten auch nach 1945 weitere juristische Verfolgung wegen Beihilfe zur Fahnenflucht und wurden nur in den seltensten Fällen rehabilitiert.

Der diesjährige Gaismair-Schwerpunkt zum NS-Völkermord an den Roma und Sinti entstand in Kooperation mit dem OeAD-Programm ERINNERN:AT. Auf der Website www.erinnern.at sind weitere Informationen zu den historischen Hintergründen sowie Lehr- und Lernmaterialien für den Einsatz im Unterricht abrufbar.

Literatur

Gerhard Baumgartner/Herbert Brettl: „Einfach weg!“ Verschwundene Romasiedlungen im Burgenland. New Academic Press, Wien 2020.

Zentrum polis (Hrsg.): polis aktuell 7/2024: Roma in Österreich. Geschichte und Gegenwart. Wien 2024.

Anmerkungen

- 1 In der Folge verzichtet der Autor auf die Nennung der männlichen und weiblichen Form und bezeichnet die Volksgruppe entweder als „Roma und Sinti“ oder – wenn von den Burgenland-Roma die Rede ist – nur als „Roma“.
- 2 Das Wort „Zigeuner/Zigeunerin“ ist eine rassistische Fremdbezeichnung. In der Darstellung der Geschichte der Verfolgung und Ermordung der europäischen Roma und Sinti kann der Begriff aber nicht gänzlich vermieden werden. Um auf die rassistische Fremdbezeichnung hinzuweisen

und die Reproduktion des rassistischen Begriffes kenntlich zu machen, streicht der Autor das Wort in seinem Beitrag durch. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus des Deutschen Bundestags.

- 3 Zur gesamten Erschließung des Europäischen Parlaments: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2015-0095_DE.html?redirect (Zugriff 02.08.2024).
- 4 OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR): Holocaust Memorial Days: An overview of remembrance and education in the OSCE region. Warschau 2024, S. 18–20.
- 5 Zur Parlamentskorrespondenz: https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2023/pk0092#XXVII_NRSITZ_00195 (Zugriff 02.08.2024).
- 6 Zur gesamten Arbeitsdefinition Antiziganismus der IHRA: <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-von-antiziganismus> (Zugriff 02.08.2024).
- 7 Bundesministerium des Inneren: Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation. Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, Berlin 2021, S. 64.
- 8 Evelyn Dawid/Eva Zeglovits: Antisemitismus in Österreich 2022. Studie des IFES im Auftrag des österreichischen Parlaments, Wien 2023, S. 71–72.
- 9 Council of Europe (Hrsg): „The Representation of Roma in European Curricula and Textbooks“, a joint report commissioned by the Council of Europe to the Georg Eckert Institute for International Textbook Research in partnership with the Roma Education Fund, Straßburg 2020.

Einleitung

Die Innsbrucker Gemeindewahl 2024 brachte nicht nur Klarheit, dass es alsbald keine Mitte-Rechts-Koalition in der Tiroler Landeshauptstadt geben wird, sondern auch ein desaströses Ergebnis für die Österreichische Volkspartei. Der für die Wahl gebildete Zusammenschluss aus vormals über viele Jahre getrennten Listen konnte nur knapp über zehn Prozent und damit 4 Mandate im Gemeinderat erreichen. Die Kräfteverhältnisse wurden neu verteilt. Mit nur einem Mandat weniger ist die KPÖ neu im Stadtparlament vertreten. Der Volkspartei ist es weder gelungen, den Führungsanspruch im Gemeinderat zu stellen noch das seit 1945 erstmals 2018 verlorene Bürgermeister:innenamt zurückzugewinnen. Im Gegenteil: Sie landete auf Platz 5 und gehörte damit zu den größten Wahlverlierenden.

„Mit der Wahl 2024 sind die Weichen in Innsbruck nachhaltig neu gestellt worden“, meint *Ferdinand Karlhofer*. In seinem Beitrag „Die Innsbruck-Wahl 2024 – Nachlese zum Absturz der ÖVP“ beleuchtet er den Ausgang der Gemeindewahl und das Versagen der Volkspartei. Der Autor blickt auf die Wahlergebnisse 2018, die vorangegangene Periode und Entwicklungen im Innsbrucker Gemeinderat zurück, beschreibt die „Chronik eines gescheiterten Coups“ und wie es zu diesem „schwarzen Tag“ für die Volkspartei im Frühjahr 2024 gekommen ist.

„Die Krise der Parteien – insbesondere der Grünen Partei“ thematisiert *Franz Klug* im vorliegenden Schwerpunkt. Ausgehend von der Diskussion, ob wir uns schon in einer Postdemokratie befinden, geht er der Frage nach dem politischen Subjekt nach. Er widmet sich dem Image und Vertrauensverlust der Politik, der sinkenden Wahlbeteiligung und medialen Berichterstattung von demokratischen Parteiprozessen. Im Fokus des Beitrags stehen der Zustand der Parteien, innerparteiliche Demokratie und mögliche Strategien, um innerparteiliche Krisen zu beheben. Anhand von Beispielen zeigt der Autor auf, wie sich die Grüne Partei – vom einstigen basisdemokratischen Entscheidungsprinzip abwendend – in den letzten Jahren verändert hat: „von Dezentral zu Zentral und von Selbstbestimmt zu Medienbestimmt“. Nicht zuletzt dadurch musste sie Stimmen einbüßen.

Dem Verhältnis von Mensch und Maschine widmet sich der Beitrag „Artifizielle Intelligenz und Arbeit“ von *Armin Erger*. Der Autor setzt sich mit dem Begriff AI auseinander und erläutert, wie sich technische Fähigkeiten im Laufe der Geschichte entwickelt haben und auf die Arbeitswelt auswirken. Er geht Hoffnungen und Sorgen der Menschen um die Zukunft auf den Grund, die mit der zunehmenden Automatisierung sowie dem weitreichenden transformativen Potential von künstlicher Intelligenz einhergehen, und kommt zum Schluss: „Es ist unklar, ob Automatisierungsängste dieses Mal mehr Berechtigung haben als zuvor, aber die Fähigkeiten der künstlichen Intelligenz haben sich wieder erweitert und dringen in Tätigkeitsbereiche vor, die bislang nur Menschen vorbehalten waren. Abge-

sehen davon stellt künstliche Intelligenz für die Menschen die wohl größte kulturelle und philosophische Herausforderung aller bisherigen Technologien dar.“

Mit der Rolle und Kraft von Satire als literarischer Gattung sowie damit verbundenen persönlichen Erfahrungen des Autors *Werner Gürtler* im Schulsystem beschäftigt sich der Beitrag „Satire – zwischen Amüsement und Vernichtung“. *Werner Gürtler* hatte für sein Studium zur erstmals 1909/10 veröffentlichten satirischen Schrift „Fern von Europa“ – in der Denk- und Verhaltensweisen der Tiroler Bevölkerung karikiert werden – und ihrem Verfasser *Carl Techet*, Pseudonym *Sepp Schluiferer*, geforscht. 1984 gab er 75 Jahre nach dem erstmaligen Erscheinen das Buch neu heraus und verfasste ein Nachwort. Die Publikation fand großen Anklang und stieß nach all den Jahren kaum auf negative Resonanz. Dem Herausgeber jedoch wurde sie in seiner beruflichen Laufbahn als Lehrer von Beginn an zum Verhängnis. Der Autor schildert, wie er im Schulsystem Obrigkeit, Willkür, Verachtung und Hass erfuhr und persönlich erlebt hat, wie explosiv und gefährlich Satire werden kann.

Von den Pflichten, Möglichkeiten und Schwierigkeiten für zugewanderte und migrantisierte Menschen, die deutsche Sprache zu erlernen, handelt der Beitrag von *Franziska Niederkofler* und *Katarina Ortner*: „Sie werden daher aufgefordert und ermahnt, sich (...) einem Deutsch-Einstufungstest zu unterziehen und sich (...) zu einem entsprechenden (...) Deutschkurs (...) anzumelden.“ Bedingungen des Deutschlernens in Österreich. Ein Fallbeispiel.“ Der Titel des Beitrags bezieht sich auf ein Zitat aus einem Sozialamtsbescheid, denn der Erhalt von Sozialleistungen ist in Österreich im Rahmen des Integrationsgesetzes an die positive Absolvierung von Deutschkursen mit einem sogenannten „Werteteil“ bzw. Deutschprüfungen gebunden. Die beiden Autorinnen* berichten von ihrer Arbeit und Unterstützungsangeboten bei *Frauen aus allen Ländern* – einer Bildungs- und Beratungseinrichtung für Frauen* mit Migrationsgeschichte und/oder Fluchterfahrung in Innsbruck. Sie zeigen anhand der Geschichte von *Amina* auf, wie sich die restriktive österreichische Sprachenpolitik und strukturelle Rahmenbedingungen auf den Alltag von betroffenen Personen auswirken können.

Einleitung

Andreas Fink erinnert in seinem Beitrag „Tabu ‚Heime‘ durchbrochen: die TV-Reportage Problemkinder von 1980 und ihre Auswirkungen in Tirol“ an eine Fernsehsendung, die im wahrsten Sinne des Wortes Geschichte machte. Sie berichtete ausführlich über Missstände in Kinder- und Erziehungsheimen, in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und in der Psychiatrie. Tiroler Institutionen standen im Vordergrund, da sich aus diesem Bundesland besonders viele Betroffene und Engagierte zu Wort meldeten und das Fernsehteam bei der Recherche unterstützten. Fink stellt die handelnden Personen und Initiativen vor, insbesondere den Arbeitskreis Heimerziehung. Er analysiert die Reaktionen in Medien, Politik und Kirche, um die Folgen der Reportage und der an sie anschließenden öffentlichen Diskussion darzulegen. Der Beitrag von Andreas Fink endet mit dem Fazit: „Erst im Zuge der Aufarbeitung der Heimgeschichte ab den 2010er-Jahren sollte es in Tirol gelingen, den Betroffenen des gewaltvollen Kinder- und Jugendwohlfahrtssystems Gehör zu verschaffen.“

Diese Aufgabe übernahm ich, da ich bereits in den Nullerjahren begonnen hatte, mich mit dem Thema und den Menschen auseinanderzusetzen und sonst niemand aus der Wissenschaft zur Verfügung stand. Anfang 2010 kontaktierte ich den damaligen Soziallandesrat Gerhard Reheis. Ich schlug ihm vor, eine Kommission zu bilden, die sich mit den seit 1945 begangenen Menschenrechtsverletzungen an fremduntergebrachten Kindern und Jugendlichen in Tirol beschäftigen sollte. Im März 2010 wurde daher die „Steuerungsgruppe Opferschutz“ gegründet. In den nächsten Wochen meldeten sich unzählige Geschädigte. Das Thema war gesetzt, das Schweigen gebrochen. Es begann ein Prozess ideeller und materieller Anerkennung der Folgen der Gewalt für die Betroffenen. Um den gesellschaftlichen Aufarbeitungsprozess voranzutreiben, aber auch um den Handlungsdruck auf die Politik zu erhöhen, gab ich im Dezember 2010 eine breit angelegte Studie über die Heimerziehung und die Rolle der Kinder- und Jugendpsychiatrie heraus: „Im Namen der Ordnung“. Dies trug mir den Vorwurf ein, wissenschaftliche Objektivität zu vernachlässigen und zu sehr als Opferanwalt aufzutreten. Bei meinen Publikationen zum Nationalsozialismus war ich mit einer derartigen Haltung nie konfrontiert. Es gilt als selbstverständlich, dass sich bei der Aufarbeitung der NS-Zeit Wissenschaftlichkeit und eine Positionierung für die Opfer keineswegs ausschließen.

Dutzende ehemalige Heimkinder kontaktierten mich, sie benötigten Unterstützung, weil sie rechtlich unerfahren waren oder weil man ihnen weiterhin die Einsicht in ihre Akten verwehrte. Viele brauchten Hilfe, um Schriftstücke der Behörden zu verstehen, Eingaben bei Ämtern zu machen oder von ihnen angeforderte biografische Berichte zu verfassen. In der Forschungslandschaft fand ich für all diese Arbeiten zugunsten der Überlebenden kaum MitstreiterInnen. Ein

wesentlicher Teil meiner Tätigkeit bestand darin, die Medien für das Thema zu interessieren. Dank kritischer Frauen und Männer in Presse, Radio und Fernsehen war es möglich, lange vernachlässigte Themen ins Bewusstsein der Gesellschaft zu bringen, die Politik von einem Handlungsbedarf zu überzeugen und möglichst viele Formen von Wiedergutmachung für die Überlebenden in die Wege zu leiten. Im Rahmen der „Steuerungsgruppe Opferschutz“ erarbeitete ich einen Themenkatalog zur wissenschaftlichen Aufarbeitung, den die Landesregierung anerkannte. Mehrere Forschungsaufträge wurden in den folgenden Jahren vergeben. Ich selbst publizierte ohne Finanzierung eine Trilogie der Gewalt, die sich nach dem Standardwerk „Im Namen der Ordnung“ mit den Heimen der Stadt Innsbruck auseinandersetzte, in der es aber auch um Fragen der Anerkennung ging, deshalb der Buchtitel „Restitution von Würde“. Die Publikation „Dem Schweigen verpflichtet“ verglich die traditionelle Heim-Landschaft mit dem SOS-Kinderdorf.

Im ersten Schritt war es wesentlich gewesen, dass die Überlebenden als Opfer anerkannt wurden und man ihren Erfahrungen Glauben schenkte. Der zweite Schritt zielte darauf ab, dass sie ihre Stimme selbst erhoben. Als Leiter von ERINNERN:AT organisierte ich im Rahmen des Zentralen Seminars in Innsbruck eine Fortbildung für Lehrkräfte aus ganz Österreich, eine Führung im Gebäude und am Gelände des ehemaligen ordensgeführten Heimes Martinsbühel bei Zirl durch Überlebende selbst. Eine der Lehrerinnen, Sabine Wallinger, suchte weiterhin den Kontakt mit einer der Betroffenen und schrieb in der Samstagausgabe des STANDARD im „Album“ einen furiosen Beitrag mit großem medialen Echo. Daraufhin setzte die Landesregierung zusammen mit der Diözese Innsbruck medienwirksam die sogenannte „Dreier-Kommission“ (Repräsentanten von Land Tirol, der Diözese und des Benediktinerordens) zur weiteren wissenschaftlichen Aufarbeitung der katholischen Heime ein. Darin vertreten war Abt Korbinian Birnbacher vom Benediktinerstift St. Peter aus Salzburg, das die Liegenschaft Martinsbühel besitzt. Er nannte aber im Vorfeld die Vorwürfe gegen die Nonnen als „scheinheilig“, ihre psychischen Übergriffe und physischen Misshandlungen als damaligen Standard der Pädagogik, er selbst sei über die „gesunde Watschen“ seiner Kindheit heute noch froh. Birnbacher vertrat die Meinung, dass nun „Trittbrettfahrer versuchen, finanziell noch etwas herauszuholen“. Seine Aussagen stießen in der Öffentlichkeit auf harsche Ablehnung. Zwei Tage nach diesem Interview verließ er die Kommission. Begründet wurde dies damit, dass seine „direkte emotionale Betroffenheit für die Arbeit der Kommission und die Aufklärung nicht zuträglich“ waren.¹ 2022 erschien das Ergebnis der „Dreier-Kommission“: Ina Friedmann und Friedrich Stepanek legten den Endbericht zu Kindheit in konfessionellen Kinderheimen in Tirol nach 1945 vor, eine Studie, die an der Universität Innsbruck und im Wissenschaftsbüro Innsbruck, dem ich vorstehe, entstanden war und 2024 in Buchform veröffentlicht wurde.

Ina Friedmann/Dirk Rupnow/Margret Aull berichten in ihrem Beitrag „Keine Demut. Zum Umgang mit den Forschungsergebnissen zur katholischen Heimerziehung in Tirol nach 1945“, auf welche Schwierigkeiten sie stießen, nachdem die Kommission den Endbericht der Diözese Innsbruck und dem Land Tirol übergeben hatten. Eine gemeinsame öffentliche Pressekonferenz musste abgesagt

werden, die Überlebenden erfuhren vom Abschlussbericht vor einer offiziellen Präsentation aus der Zeitung, die Diözese sprang bei der Finanzierung der Drucklegung ab und vor allem: Bischof Hermann Glettler warf der Studie erhebliche Mängel in der wissenschaftlichen Qualität vor, er empfahl eine völlige „Korrektur und Überarbeitung“. Friedmann, Rupnow und Aull beleuchten die Hintergründe dieser Problematiken. Besonders gehen sie auf eine Kritik ein, die, so wie bereits Abt Birnbacher, Berichten der Überlebenden Glaubwürdigkeit abspricht. „Dass Opfer ernst genommen werden, ist wissenschaftlicher Standard und wird auch von der Klasnic-Kommission praktiziert. Auch dass ein sexueller Übergriff nicht erst real wird, wenn ein Gericht ihn anerkennt, ist bekannt. Ebenso, dass Täter*innen Vorwürfe leugnen. Dagegen ist es nicht wissenschaftlicher Standard, Aussagen von ehemaligen Heimkindern permanent zu hinterfragen (...). Wenn Schmerzliches, Unglaubliches zur Sprache kommt, werden diejenigen, die dies an- und aussprechen zum Problem und zu Schuldigen gemacht,“ betonen Friedmann, Rupnow und Aull. Sie fragen sich, „ob Menschen, die diese Ansicht vertreten, sich auf Gespräche mit Betroffenen eingelassen haben. Nichts, weder eine Studie noch ein Buch, vermag wie sie selbst zu vermitteln, dass ihnen das, was sie erzählen, passiert ist.“

Wer Stimmen der Überlebenden hören will, wird unter www.heimkinderreden.at fündig. Die Homepage präsentiert videografierte Interviews mit Frauen und Männern, die ihre Kindheit auf Pflegeplätzen, in Kinderheimen und Erziehungsanstalten der Stadt Innsbruck, des Landes Tirol und von katholischen Orden verbracht haben. Die Überlebenden durchbrechen ihr jahrzehntelanges Schweigen, Folge von Traumatisierungen und der Ignoranz von Politik und Gesellschaft über Jahrzehnte hinweg. Sie verlassen die Opferrolle, zeigen sich selbstbewusst vor der Kamera und informieren über ihre Geschichte. „Jetzt reden wir! Ehemalige Heimkinder erzählen“ ist Teil der erinnerungskulturellen Vermittlung des Umgangs mit Kindern und Jugendlichen in öffentlicher Betreuung zwischen 1945 und 1990 in Tirol, die ich seit vielen Jahren vorantreibe. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistete die Theaterpädagogin Irmgard Bibermann mit der Gruppe nachtACTtiv, die in zahlreichen Aufführungen mit einem biografischen Theater die Heimerziehung auf die Bühne brachten. Denn um einer breiten Bevölkerung die systematischen Menschenrechtsverletzungen von Kindern in Heimen, auf Pflegeplätzen und heilpädagogisch-psychiatrischen Einrichtungen begreifbar zu machen, bedarf es neben der Wissenschaft weiterer Kanäle.

Eines steht aber noch aus: Die Errichtung eines öffentlichen Gedenkzeichens, für das ich mich seit 2010 starkmache. Wenn nun Stimmen laut werden, die wieder die Berichte Überlebender in Frage stellen, ist es besonders dringlich, die Übergriffe, die Unterlassungen und die Verbrechen gegen Kinder und Jugendliche in Fremdbetreuung ins kollektive Gedächtnis der Gesellschaft zu heben. So wie die Zeugnisse, die die Überlebenden unter großer Mühe und mit erheblichem Mut abgelegt haben. Seit geraumer Zeit führe ich diesbezüglich Gespräche mit der Politik. Entwürfe von Angela Zwettler für ein derartiges Erinnerungszeichen liegen vor. Im nächsten Gaismair-Jahrbuch wird hoffentlich über einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen berichtet werden können.

Etwas Positives hat die Landesregierung bereits beschlossen. Immer wieder habe ich Vorstöße unternommen, dass Brigitte Wanker eine öffentliche Ehrung erfährt. Sie war Sozialarbeiterin im St. Josefs-Institut in Mils und hat dort 1980 gemeinsam mit einer Kollegin in der TV-Reportage, die Andreas Fink in seinem Beitrag beleuchtet, auf die unzähligen Missstände hingewiesen, die damals die Betreuung von Menschen mit Behinderung in Mils charakterisierten. Wegen ihrer „Nestbeschmutzung“ übten Land Tirol, Orden und Amtskirche massiven Druck auf sie aus. Wanker verließ Tirol und setzte ihre Tätigkeit als Sozialarbeiterin in Wien fort. Trotz intensiver Bemühungen von Bischof Manfred Scheuer verweigerte der Orden selbst noch vor wenigen Jahren ein Gespräch mit ihr. Brigitte Wanker hat bewiesen, dass die Misshandlungen nicht mit zeitgebundenen pädagogischen Standards erklärt werden können. Sie hatte eine andere Auffassung von Menschenwürde, sie nutzte ihren Handlungsspielraum für eine fördernde Praxis im Umgang mit Menschen mit Behinderung, sie sah hin, sie deckte auf statt zu schweigen. Wanker öffentlich zu ehren, ist eine Geste der Wiedergutmachung. Sie öffentlich zu ehren, ist eine Ermutigung für Zivilcourage, eine Aufforderung, dass heute KritikerInnen im sozialen Feld Gehör finden sollen. Am Hohen Frauentag zeichnen die Länder Tirol und Südtirol Männer und Frauen mit besonderen Verdiensten aus, eine von ihnen wird dieses Jahr Brigitte Wanker sein.

Anmerkung

- 1 <https://www.derstandard.at/story/2000097627738/fehlstart-der-martinsbuehel-kommission-abt-bezweifelt-die-vorwuerfe> und <https://www.derstandard.at/story/2000097746527/tiroler-martinsbuehel-kommission-nun-doch-ohne-benediktiner-abt> (Zugriff 03.08.2024).

Einleitung

Bettina Reinisch begab sich auf die Spuren ihres Großvaters, den sie nie kennengelernt hat. In ihrem Beitrag „Der Verschwundene. Über den gescheiterten Versuch, meinem Großvater näher zu kommen“ erfahren wir, mit wieviel Mühe biografische Forschung verbunden ist und auf welche mannigfaltigen Herausforderungen man dabei stößt. Durch intensive Internetrecherchen und Erkundigungen in Archiven in Tirol, Niederösterreich, Wien und Tschechien förderte die Autorin Erstaunliches über den Großvater zutage. Er war ein doppelter „Heiratsschwindler“ und Dieb, traumatisierte ihre Großmutter, die nie wieder eine Ehe einging, und war doch ein Getriebener. Ernst oder Arnošt, wie er sich auch nannte, war jüdischer Herkunft, trat aus der Israelitischen Kultusgemeinde aus, und ging seine einzige langjährige Beziehung mit einer Frau ein: Helena Kaiserová – welch wundervoller literarischer Name –, die ebenfalls jüdische Wurzeln hatte. Beide endeten im KZ Lublin-Majdanek in Polen. Bettina Reinisch beabsichtigte, ihre verschüttete Familiengeschichte zu erforschen, um ihren Opa besser verstehen zu können. Nun sieht sie sich in ihrem Vorhaben gescheitert: „Mir scheint, ich weiß nichts.“ Doch ist dies wirklich so? Meine Antwort als Historiker ist ein entschiedenes Nein, das Ergebnis der Recherche kann sich sehen lassen, beinhaltet mehr, als zu erwarten gewesen wäre. Leerstellen bleiben immer, eine Antwort gebiert neue Fragen, Wesentliches bleibt stets offen. Wer war Ernst Kaiser? Wir wissen nun viel mehr über ihn und konstruieren eine eigene Interpretation, die Auskunft über uns selbst gibt.

Noch weiter in die Vergangenheit, hinein ins 18. Jahrhundert, führt uns der Beitrag von *Willi Wottreng* „Kleine Leute in einer großen Wanderbewegung. Eine Familiengeschichte, die ins österreichisch-ungarische Banat und nach Lothringen führt.“ Er analysiert bevölkerungs- und sozialgeschichtlich einen geografischen Raum, den Migration seine vielen Gesichter verliehen hat. Wottrengs Familiensuche zwischen den deutsch- und französischsprachigen Regionen Lothringens und dem Banat mit seinen vielen amtlich genannt „Deutschen Zigeunern“ hat einen soziologisch-historischen Hintergrund. Er fragt nach der sozialen Stellung seiner Vorfahren und ihren Wanderbewegungen, um auf ihre ethnische Herkunft zu schließen. Waren sie Jenische? Wottreng möchte der Abstammung jedoch keine zu große Bedeutung beimessen: „Ist es nicht interessanter, darauf hinzuweisen, dass sie in einem Arbeits- und Kulturmilieu lebten, in dem sich auch Jenische und Sinti bewegten (...) Ist es nicht angebracht, von den Vermischungen zu reden? (...) Zugewanderter mit ansässiger Wohnbevölkerung, unter denen sich mehr als anderswo Roma fanden. (...) Die Wottreng sind dem Anschein nach ein Beispiel für diese gemischte Bevölkerung, die wir nach Lust und Laune als gypsiartig, jenisch, als Angehörige einer handwerklichen Kreativwirtschaft oder eines halbmobilen Handwerkertums bezeichnen können.“

Horst Schreiber porträtiert eine beeindruckende Frau, nunmehr im 90. Lebensjahr. In seinem Beitrag – Ingeborg Hierzer: „Wenn ich könnte, würde ich eine Schule des Zuhörens aufmachen. Eine Sozialarbeiterin mit der Kraft des Glaubens“ – berichtet eine frühe Sozialarbeiterin als Aktivistin der Katholischen Arbeiterjugend über ihre Betreuung von Menschen, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft wenige Ressourcen ihr eigen nennen konnten. Im Zentrum steht die Binnenmigration von Frauen und weiblichen Jugendlichen aus „Innerösterreich“ nach Vorarlberg in den 1950er- und 1960er-Jahren. Hierzer erzählt von materieller und emotionaler Ausbeutung, deren Folgeerscheinungen – uneheliche Kinder, „Landstreicherei“, Prostitution – den Betroffenen selbst angelastet wurden. Sie baute mit geringfügigen Mitteln ein Betreuungsnetz auf, das zwar die strukturellen Ursachen der Misere nicht verändern konnte, aber vielen Frauen in Not Unterstützung bot. Auch jenen, die in einer Gesellschaft der Doppelmoral im Gefängnis landeten: „Sie hatten niemanden hinter sich und waren oft jahrelang eingesperrt, weil gemeine Zuhälter sie erwischt und auf die Straße gestellt haben. Die sind im Kaffeehaus gesessen und die Mädchen haben sie eingesperrt, weil die Hurerei in Vorarlberg verboten war.“ Inge Hierzer arbeitete auch in der Steiermark: in der Pfarre eines Arbeiterbezirks, als Umweltaktivistin, in der Krankenhausseelsorge und als Privatperson für Menschen auf der Flucht. Wovor sie warnt, sind Vorverurteilungen und mangelnde Wertschätzung: „Du musst immer den ganzen Menschen sehen, vor allem was ihn bedrückt.“

Einleitung

Christine und *Andreas Pavlic* berichten in ihrem Beitrag „Wörter, die Geschichte(n) erzählen. Über das Projekt Wortdenkmal im Rahmen der gedenk_potenziale 2024“ von der Entstehung, dem Aufbau und den Zielen ihres „Wortdenkmals“ in Innsbruck. Kaum standen die Denkmäler, wurden sie verfremdet, beschädigt und zerstört. Viele Fragen beschäftigen seitdem die Geschwister Pavlic: „Sollen wir die Vorgänge als kreative Aneignung betrachten, schließlich waren neue Wörter, also Anagramme entstanden? Handelte es sich um politisch motivierte Sachbeschädigung? Warum wurden die Buchstaben nicht bekritzelt, getaggt, sondern umgerissen und zerstört? Woher kommt diese Wut? Oder war alles nur Übermut und Spiel?“ Die beiden machen jedenfalls weiter; sie recyceln das Projekt, feilen an einer Nachfolge-Aktion und kreieren neue Botschaften mit den verbliebenen, wenn auch in Mitleidenschaft gezogenen Buchstaben. Das Ergebnis wird wieder im öffentlichen Erscheinungsbild von Innsbruck zu sehen sein. Statt eines Schlusspunktes setzen *Christine* und *Andreas Pavlic* einen Ausgangspunkt: „Wir betreiben Denkmalpflege im interventionistischen und künstlerischen Sinne.“

Nadja Ayoub, Leiterin des Kunstraums Schwaz, arbeitete für die Ausstellung „gestures of archiving“ mit zehn Künstler*innen zu Fragen über Erinnerungskultur zusammen. *Esther Strauß* setzte sich im Rahmen dieser Ausstellung mit dem Zwangsarbeiterlager „Oradour“ bei Schwaz auseinander. Im Beitrag „*Nadja Ayoub* und *Esther Strauß* im Gespräch – ‚Wer die Täter*innen schützt, respektiert die Opfer nicht.‘ Über Erinnerung als beweglicher Prozess am Beispiel der Auseinandersetzung mit NS-Täter*innenschaft in der eigenen Familie“ erklärt die Künstlerin, wie ihr ursprüngliches Vorhaben ausgesehen hat und aus welchen Gründen es nicht umgesetzt werden konnte. Sie zeigt auf, wie schwierig der familiäre Umgang mit Täter*innen in der eigenen Familie ist und dass selbst renommierte Künstler*innen daran scheitern. Aus dem Dialog zwischen *Nadja Ayoub* und *Esther Strauß* erfahren wir, welche künstlerische Arbeit *Strauß* mit Blick auf familiäre NS-Belastungen entwickelt hat und welche Forderungen sich darin ausdrücken.

Klaus Lukasser gehört zu jenem Kreis Engagierter in Osttirol, die sich seit Jahrzehnten bemühen, Menschen zu würdigen, denen das NS-Regime nach dem Leben trachtete, weil sie Courage hatten oder der Diktatur ein Ärgernis waren. *Helene Delacher* galt lange Zeit als zu unbedeutend, um in die öffentliche Erinnerungslandschaft aufgenommen zu werden, war sie doch eine Anhängerin der Zeugen Jehovas, die noch dazu aus ärmlichen Verhältnissen stammte. *Lukasser* machte schon vor geraumer Zeit darauf aufmerksam, dass ein Gedenkzeichen für sie ausstand, Gemeinderat *Peter Zanon* griff die Anregung auf. 2023 konnte in Leisach der erste Stolperstein im Bezirk Lienz verlegt werden – für *Helene Delacher*.

Gottfried Kaiser sorgte dafür, dass am Geburtshaus der Hingerichteten in Burgfrieden eine Gedenktafel angebracht wurde. Über diesen Prozess und das Leben von Helene Delacher gibt Lukassers Artikel Auskunft.

Seit 2019 findet sich in Zell am Ziller der erste Stolperstein Tirols, er ist dem linken Widerständler Hans Vogl zugeordnet. Damals gab es noch viele ablehnende Stimmen, auch seiner Frau Hilde einen Stein zu widmen. Fünf Jahre später stieß dieses Vorhaben in der Politik und Bevölkerung auf weitgehend ungeteilte Zustimmung. Hilde Vogl hatte nicht nur in der NS-Zeit mit den negativen Folgen der Ermordung ihres Mannes für sich und ihre Kinder zu kämpfen, auch nach dem Krieg blieb sie in Zell am Ziller isoliert. In ihrem Beitrag „Gedenkrede für Hilde Vogl. Die unerschrockene Frau eines widerständigen Tiroler Lehrers“ geht *Irmgard Bibermann* auf das Leben der Geehrten ein, auf die Familienerzählung, das Spannungsfeld zwischen Sprechen und Schweigen sowie die verschiedenen Etappen der historischen Aufarbeitung.

Eine Mutter, die ihr Leben für ihr Kind hingibt, ein Vater, der im Lager Reichenau brutal ermordet wird, eine Tochter, die mit Hilfe vieler Einheimischer gerettet wird, in Innsbruck einen Überlebenden heiratet, in die USA auswandert und dort ihre Lebensgeschichte aufschreibt. Dies ist der Inhalt des Beitrags von *Horst Schreiber*: „Jakob, Sofia und Lorraine Justman. Eine jüdische Familie aus Polen im Kampf ums Überleben“. Der Artikel ist gleichsam ein Einstieg in die neue Ausstellung im Tiroler Landhaus 2025 rund um die Familie Justman als Nachfolgeprojekt der Ausstellung „Vom Gauhaus zum Landhaus. Ein Tiroler NS-Bau und seine Geschichte“.

Einleitung: NS-Täterinnen und ihre öffentliche Wahrnehmung nach 1945

Der Schwerpunkt zu visuellen Künsten im vorliegenden Gaismair-Jahrbuch widmet sich einem nach wie vor eher widersprüchlich beleuchteten Themenfeld der NS-Geschichtsaufarbeitung: der Rolle von Frauen als Täterinnen im Nationalsozialismus und insbesondere deren öffentliche Wahrnehmung nach 1945. Lange war die Komplexität der Geschlechterrollen während des Nationalsozialismus in der Forschung unterrepräsentiert, die essentialistische Auffassung des Regimes hinsichtlich Männlichkeit und Weiblichkeit prägte in gewisser Weise auch die Rezeption und Nachbetrachtung der Handlungsräume, die die jeweiligen Geschlechter in jener Zeit beansprucht hatten.¹ Mehr als 65 Jahre nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur ging man Ende der Nullerjahre gemeinhin immer noch von zwei divergierenden Ansichten aus: die deutschen, während des Nationalsozialismus nicht verfolgten Frauen seien einerseits allesamt Opfer des Regimes gewesen; andererseits hätte es eine spezifisch weibliche Täterschaft gegeben.²

Feministische Forscher*innen wie Gisela Bock haben jedoch bereits in den 1990er-Jahren festgestellt, dass das Rollenspektrum der weiblichen Bevölkerung im Dritten Reich differenzierter betrachtet werden muss: Neben Täterinnen und Opfern gab es auch Helferinnen, Mitläuferinnen, Zuschauerinnen und nicht zuletzt auch Widerstandskämpferinnen.³ Eine Erforschung der Umstände, unter denen Frauen sich gegenüber dem NS-System positionierten, steckt gewissermaßen noch in den Kinderschuhen. Dabei wäre eine solche Forschung dringend notwendig, um die mögliche Fortschreibung bestimmter Rollenbilder bis in die Gegenwart adäquat diskutieren zu können.

Diesem Imperativ folgend fand im Frühjahr 2024 eine von der Michael-Gaismair-Gesellschaft, dem Künstler*innenhaus Büchsenhausen und ERINNERN.AT gemeinsam organisierte Diskussionsveranstaltung in Innsbruck statt, die sich gezielt der Rolle von Frauen als NS-Täterinnen sowie ihrer öffentlichen Wahrnehmung nach 1945 widmete. Dabei ging es nicht nur um Wahrnehmung und Bewertung ihrer Biografien nach Ende der NS-Herrschaft, sondern auch um die Umstände, unter denen Frauen zu dezidierten Täterinnen wurden. Durch das Zusammenwirken geisteswissenschaftlicher und künstlerischer Perspektiven sollte die Veranstaltung zu einem besseren Verständnis der NS-Vergangenheit und deren Nachwirken beitragen. Dies erschien uns aufgrund des gegenwärtigen Wiedererstarkens rechter Ideologien – unter anderem auch von Frauen* getragen – und deren zunehmender Normalisierung als „politische Mitte“ als besonders relevant.

Zwei der drei Diskussionsbeiträge dieses Abends finden sich nun in diesem Band in redigierter Fassung wieder. Beide Beiträge befassen sich mit NS-Täterin-

nenschaft im Kontext des Frauen-KZ Ravensbrück. Bereits 1939 errichtet, hatte das größte Frauen-KZ in Deutschland bis 1945 rund 120.000 Frauen und Kinder sowie 1.200 weibliche Jugendliche als registrierte Häftlinge,⁴ denen im Laufe der Jahre über 3.000 als Aufseherinnen ausgebildete Frauen gegenüberstanden.⁵ Ab 1959 in der DDR als „Nationale Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück“ eingerichtet, wurde diese nach der deutschen Wiedervereinigung 1993 Teil der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. 2013 eröffnete die aktuell weiterhin zu sehende Hauptausstellung *Das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück – Geschichte und Erinnerung*; sie wird von einigen kleineren, thematisch vertiefenden Dauerausstellungen ergänzt.⁶ Eine davon ist auch die Ausstellung *Im Gefolge der SS: Aufseherinnen des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück*, die in einem der acht auf dem Gelände befindlichen ehemaligen Aufseherinnen-Häuser untergebracht ist und im August 2020 der Öffentlichkeit präsentiert wurde. In dieser historischen Ausstellung, deren wissenschaftliche Projektleitung die damalige Direktorin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück Insa Eschebach verantwortete, werden „die Herkunft des weiblichen Wachpersonals, die Gewaltverhältnisse im Lager, die Karrieremöglichkeiten der Aufseherinnen und Ravensbrück als zentrale Ausbildungs- und Rekrutierungsstätte für Aufseherinnen“ behandelt. „Weiterhin geht es um die Strafprozesse, die nach 1945 gegen wenige von ihnen geführt wurden. Außerdem werden die Suche der Opfer nach Gerechtigkeit und das vielsagende Schweigen der Täterinnen thematisiert. Nicht zuletzt wird auch die Faszinationskraft der Figur der ‚SS-Aufseherin‘ in der Populärkultur zur Diskussion gestellt.“⁷ In dieses Ausstellungsdisplay wurden ein Monat später im September 2020 unter dem Titel *Bilder, Stimmen und Klischees: SS-Aufseherinnen des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück* eine Reihe (temporärer)⁸ künstlerischer Interventionen eingebettet, die die historische Ausstellung mit gegenwärtigen Betrachtungen und Bezugnahmen bereichern.

In ihrem Beitrag „SS-Bestien und KZ-Megären. Zur Wahrnehmungsgeschichte des weiblichen SS Gefolges seit 1945“ geht *Insa Eschebach* von der Dauerausstellung zu den KZ-Aufseherinnen in Ravensbrück aus und setzt sich mit der Rezeptionsgeschichte des Frauenbildes von NS-Täterinnen auseinander. Dem sexualisierten Klischee der jungen, schönen und gewalttätigen Aufseherin in der Populärkultur der Nachkriegszeit stellt sie Etappen der historischen Forschung zur NS-Täterinnenschaft gegenüber. Ihr Beitrag zeigt die starke Diskrepanz zwischen der sozialen Realität der Frauen, die während der NS-Herrschaft zu KZ-Aufseherinnen wurden, und deren spätere popkulturelle Vereinnahmung, wobei die verhältnismäßig wenigen Prozesse, die nach dem Krieg gegen einzelne Aufseherinnen geführt wurden, entweder auf essentialistischer Weise den Frauen ein gewisses Urteilsvermögen absprachen oder das – dann medial vielfach reproduzierte – Bild von „devianten Bestien“ einzementierte.

Dominique Hurth präsentiert und diskutiert in ihrem Beitrag „Scheibengardinen, keine Übergardinen. Nur Scheibengardinen, so: Künstlerische Interventionen und Methoden zur NS-Täterinnenschaft“ die in das Ausstellungsdisplay der Dauerausstellung über die KZ-Aufseherinnen in Ravensbrück eingebetteten Arbeiten von Marianna Christofides, Arnold Dreyblatt, Moritz Fehr, Dominique Hurth und

Susanne Kriemann. Sie gewährt einen ausführlichen Einblick in ihre eigene künstlerische Praxis, die sich fortlaufend diesem Themenfeld widmet. Hurth zeigt, dass künstlerische Sichtweisen auf historische Forschungsthemen besonders produktive Erkenntnismomente hervorrufen können, wenn sie sich nicht den üblichen Pfaden wissenschaftlicher Methoden unterordnen, sondern vielmehr sich konsequent auf unscheinbare materielle oder historische Details von Präsentationen oder Prozessen einlassen.

Anmerkungen

- 1 Einen guten Überblick über die Auseinandersetzung mit dem Thema geben Elke Frietsch/Christina Herkommer: Nationalsozialismus und Geschlecht: eine Einführung, in: Elke Frietsch/Christina Herkommer (Hg.): Nationalsozialismus und Geschlecht. Zur Politisierung und Ästhetisierung von Körper, „Rasse“ und Sexualität im „Dritten Reich“ und nach 1945, Bielefeld 2009, S. 9–44.
- 2 Ebd., S. 10.
- 3 Siehe Gisela Bock: Ganz normale Frauen. Täter, Opfer, Mitläufer und Zuschauer im Nationalsozialismus, in: Kirsten Heinsohn/Barbara Vogel/Ulrike Weckel (Hg.): Zwischen Karriere und Verfolgung. Handlungsräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland, Frankfurt am Main–New York 1997, S. 249–251, hier 261.
- 4 <https://www.ravensbrueck-sbg.de/geschichte/1939-1945> (Zugriff: 01.08.2024).
- 5 Siehe Eva Störrer: „Ich bin unschuldig“ – Aufseherinnen im KZ Ravensbrück, ungekürzte Fassung des Textes zur gleichnamigen Radiosendung des NDR1 Radio MV in der Reihe „Erinnerungen für die Zukunft“ vom 20.12.2021: <https://www.ndr.de/geschichte/ravensbrueckoriginal100.pdf> (Zugriff 01.08.2024).
- 6 <https://www.ravensbrueck-sbg.de/geschichte/seit-1993> (Zugriff 01.08.2024).
- 7 <https://www.ravensbrueck-sbg.de/ausstellungen/dauerausstellungen/im-gefolge-der-ss-aufseherinnen-des-frauen-konzentrationslagers-ravensbrueck> (Zugriff 01.08.2024).
- 8 Die Interventionen sollten ursprünglich bis Ende September 2021 bestehen, aufgrund der COVID-19-Einschränkungen wurden sie bis Ende 2023 verlängert. Eine weitere Erhaltung in dem permanenten Ausstellungsdisplay wird angestrebt.

„Mein Traum war, das Buch einfach *Adson von Melk* zu nennen.“

Umberto Eco und die Stiftsbibliothek Melk

I

Jahrelang führte mein Weg nach Wien an Melk vorbei, ich schaute aus dem Abteifenster, sah das Stift in den verschiedensten Jahreszeiten. Und oft tauchte in meinen Gedanken Adson von Melk auf. In seinem Windschatten betrat ich die Stiftsbibliothek, aus deren Büchern mir ein Gesicht entgegengrat, das von Umberto Eco. Daran muss ich denken, als ich im Februar 2024 das Stift aufsuche, um sie endlich zu sehen, die Bibliothek, die ich bisher nur von Fotos kenne. Ich habe mich vorbereitet, alte, mitunter totgeglaubte Schulkenntnisse wiederbelebt, mir neues Wissen angelesen, das mir – so entbehrlich es auch ist – wohl in Erinnerung bleiben wird, wie etwa, dass es 1365 Fenster zu putzen gibt, 497 Räume, von der Anzahl der Türen erfuhr ich nichts, möchte diesbezüglich aber auch mein Gedächtnis vor weiteren Zahlen verschonen. Nichtsdestotrotz, ich weiß also, dass die heutige Abtei der Benediktiner auf Jakob Prandtauer zurückgeht, einem der bedeutendsten Baumeister des Barock. Weiß, dass sie zum UNESCO-Welterbe zählt; dass sie mit dem Stiftsgymnasium die älteste in Österreich bestehende Schule beherbergt; dass ihr Schutzpatron der hl. Koloman ist. Und dass der heutige Bau die Anfänge nur noch erahnen lässt, die ins 11. Jahrhundert hinabführen, seit damals leben und wirken in ununterbrochener Reihenfolge Mönche im Stift, das im August 1297 bis auf die Grundmauern herabbrannte.

Ich bin mit dem Zug aus Wien gekommen, schon vom Bahnhof aus war das Stift zu sehen, ein Bauwerk, das jahrein, jahraus von abertausenden Besucherinnen und Besuchern aus aller Welt bestaunt wird, doch an diesem Tag ist wenig los, keine Reisebusse auf dem Parkplatz, auch Klöster haben Saison. Fast ein wenig verloren komme ich mir vor, als ich den Prälatenhof durchquere, auch dann auf der Altane, dem Verbindungsbalkon zwischen dem Marmorsaal und der Bibliothek, wo ich eine Zigarette rauchte – Maria Theresia soll hier einmal gestanden sein, Papst Pius VI. ebenfalls. Mich aber treibt eher die Frage um, ob auch Eco hier von einem Fuß auf den anderen getreten war, auch frage ich mich, wann ich seinen Roman *Der Name der Rose* das erste Mal gelesen habe – oder habe ich zuvor den Film gesehen?

Der Roman erschien 1982 in deutscher Übersetzung, da war ich Vierzehn, vier Jahre später dann der Film. Würde ich behaupten, ich hätte bei der Lektüre nicht Sean Connery vor Augen gehabt, wäre das eine glatte Lüge. Neulich sah ich eine

Fotografie von Christian Slater, der war Siebzehn, als er in die Rolle des Adson von Melk schlüpfte, des wissbegierigen Adlatus des William von Baskerville. „Mein lieber Adson“, so wird er von seinem Meister angesprochen, und Eco lächelt, denkt an Sherlock Holmes und dessen Gehilfen: „My dear Watson“. Nur eine der vielen Anspielungen in einem Roman, der seinesgleichen nicht hat. Vor meinem Besuch der Stiftsbibliothek hatte ich ihn noch einmal gelesen, stand also auf der Altane und hörte den Ich-Erzähler des Romans, hörte Adson sagen: „Dem Ende meines sündigen Lebens nahe, ergraut wie die Welt und in der Erwartung, mich bald zu verlieren im endlosen formlosen Abgrund der stillen wüsten Gottheit, teilhabend schon am immerwährenden Licht der himmlischen Klarheit, zurückgehalten nur noch von meinem schweren und siechen Körper in dieser Zelle meines geliebten Klosters zu Melk, hebe ich nunmehr an, diesem Pergament die denkwürdigen und entsetzlichen Ereignisse anzuvertrauen, deren Zeuge zu werden mir in meiner Jugend einst widerfuhr.“

Ein wahrlich gedrechselter Satz, wie aus der Zeit gefallen, aber ein Rhythmus, der trägt und neugierig macht, habe ich das bei meiner ersten Lektüre vor mehr als dreißig Jahren ähnlich empfunden? Beim Wiederlesen von Romanen, die einem einst wie Blicköffner erschienen, deren Sätze einen aus Denkgewohnheiten gezogen oder die auch nur ein bestimmtes Lebensgefühl bespielt haben, läuft man oft Gefahr, eine herbe Enttäuschung zu erleben, nicht so bei Umberto Ecos *Il nome della rosa*. Ich las den Roman mit gleicher Begeisterung wie Jahrzehnte zuvor, vielleicht nicht mehr ganz so verbatim, um Adson zu zitieren, denn verbatim wolle er Zeugnis ablegen, „Zeichen von Zeichen“ weitergeben an spätere Generationen, „auf dass es ihnen gelingen möge, sie zu entziffern.“ Vom Meister in den Mund gelegte Worte, und hier ist nicht William von Baskerville gemeint. Nehme ich das „geliebte Kloster zu Melk“ zu wörtlich, bin ich schon auf der falschen Spur. Schließlich gibt der Roman nur vor, dem autobiographischen Bericht eines Mönchs zu folgen, mit diesen Gedanken betrat ich endlich die Stiftsbibliothek.

Schwer beeindruckt bin ich allemal, ein wenig eingeschüchtert auch. Wie muss es da erst einem Menschen gehen, der in seinem Leben mit Büchern kaum in Berührung kommt? Vermutlich besser. Der kauft sich einen Kissenbezug – und den gibt es wirklich – mit der Abbildung einiger Bücher aus der Bibliothek und macht darauf sein Nickerchen. *Ex litteris Immortalitas*, durch Bücher unsterblich, wie eine Inschrift vor dem Westeingang der Bibliothek verkündet. Für mich ging von den Büchern eine ungeheure Macht aus, ja, sie waren Werkzeuge der Macht, die auf mich zugriffen, mich klein machten. Leicht sagt es sich, ich weiß, dass ich nichts weiß, mir aber wurde mein Unwissen für Momente körperlich. Und ich reagiere darauf, wie ich es oft schon bei Mitmenschen beobachtet habe, die in ihrem Unwissen ertappt worden sind, mit Trotz. Habe ich mir die Stiftsbibliothek nicht viel größer vorgestellt? Labyrinthischer? Ich versuche, die Anzahl der Bücher zu schätzen, und erst später werde ich erfahren, dass ich nur die repräsentative Schauseite der Bibliothek zu sehen bekommen hatte, die sich mit der ursprünglichen Barockbibliothek deckte, jedoch nicht *die* Barockbibliothek sei, folglich nur einen Teilbereich dessen darstelle, was *die* Melker Stiftsbibliothek heute ausmache.

Seit dem 18. Jahrhundert wurden weitere Räume im Erd- und Obergeschoß adaptiert und eingerichtet und mit einer zentralen Wendeltreppe verbunden, auch wurden die Bestände laufend ergänzt und aktualisiert. Die Bibliothek umfasst zurzeit in etwa 100.000 Bände, darunter ungefähr 1800 Handschriften und 750 Inkunabeln. Und je länger ich mich in der Bibliothek befand, desto stärker wurde auch mein Drang, mir ein paar Bücher aus den Regalen zu greifen, darin zu blättern, ich fühlte mich zurückversetzt in meine Kindheit.

Ich bin mit Büchern aufgewachsen, was in den 1970er-Jahren, zumal auf dem Land, wo ich meine Kindheit verbrachte, keineswegs üblich war von vornherein. Zwar befand sich in der elterlichen Wohnung keine Bibliothek, aber ich sehe mich noch, wie ich vor dem Bücherregal im Wohnzimmer stehe und die Titel der Bücher vor mich hin buchstabiere, auf einen Hocker steige ich, mache mich auf Zehenspitzen länger. Warum bloß befinden sich die Objekte meiner Begierde immer ganz oben, ich beginne auf dem Hocker hin- und herzuschwingen, verlagere mein Gewicht, greife unterdessen nach einem Buch und – ein blauer Fleck mehr, ein aufgeschlagenes Knie, mir war es das wert, meine Eltern sahen das freilich anders. Das Regal bot eine bunte Mischung aus Klassikern, Historienschwarten und Unterhaltungsromanen, einige Lexika auch, Bücher zur vermeintlich glorreichen heimischen Geschichte, zu den Habsburgern, den Babenbergern.

Ich wusste damals freilich noch nicht, dass es ein Babenberger war, Markgraf Leopold II., der im Jahr 1089 Kirche und Burg auf dem Felsen von Melk dem ersten Benediktinerabt Sigibold und seinen Mönchen stiftete. Was ich aber wusste, regelmäßig kam ein Katalog ins Haus, in dem ich mich stundenlang vertiefen konnte, ein Katalog von Donauland, noch österreichischer geht es kaum. Bücher wurden bestellt und mit der Post geliefert, vom Buchhandlungssterben war nie die Rede, welche hätte davon betroffen sein sollen, es gab schlicht keine Buchhandlung im Ort, die nächste befand sich gut sechs Kilometer entfernt in Kitzbühel und die war so klein, dass keine drei Menschen sich dort aufhalten konnten. Und ich erinnere mich, auch der Eco kam so ins Haus, per Briefträger, der auf seinem Mofa von Haus zu Haus fuhr, diagonal umgehängt eine schwere schwarze Ledertasche, immer befeuchtete er sich mit der Zunge die Finger, ehe er in die Tasche griff. Dass der Postler nun in meinen Gedanken mit mir in der Stiftsbibliothek stand, hätte er sich wohl nie erträumen lassen, als er damals vor unserer Haustüre aufkreuzte, sich die Mütze in die Stirn schob und mit gequältem Gesichtsausdruck ächzte, schon wieder ein Buch?

Im Hauptsaal der Bibliothek beuge ich mich über eine der Vitrinen, in der einige wertvolle alte Drucke, illuminierte Handschriften und andere Dokumente aus den Bibliotheksbeständen ausgestellt sind. Und später sehe ich im Gästebuch der Stiftsbibliothek ein Foto von Umberto Eco, der sich über einen der Schaukästen lehnte – als Bildunterschrift: „Abt Burkhard gibt Erläuterungen zum Annalenkodex“. Dieser Kodex gehört zu den besonderen Schätzen des Klosters, in ihm findet sich das „Melker Marienlied“, das älteste erhaltene Marienlied in deutscher Sprache, entstanden im 12. Jahrhundert. Auch die „Melker Annalen“, ein Vorzeigewerk mittelalterlicher Annalistik, das zwischen 1123 und 1564 bearbeitet und erweitert wurde, beinhaltet der Codex, wie mir erklärt wurde.